Handlungskonzept für ein sicheres und weltoffenes Wuppertal

Die Wuppertaler CDU spricht sich für ein **Handlungskonzept für ein sicheres und weltoffenes Wuppertal** aus, dessen Ziel es ist, durch aufeinander abgestimmte Maßnahmen

- die Aufenthaltsqualität in der Stadt, u.a. durch die Verminderung/Beseitigung von Angsträumen, zu erhöhen und
- das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen bzw. das damit verbundene subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken,

also für Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit zu sorgen!

Dies will die CDU durch ein Maßnahmenpaket erreichen, das

- zu einer Erhöhung der Präsenz von Ordnungsdienst und Polizei in der Stadt führt
- die Verfolgung und Prävention von/vor Straftaten intensiviert
- eine sog. Nulltoleranzschwelle auch bei kleineren Delikten beinhaltet
- eine verbesserte Kommunikation zwischen Bürgern und Ordnungskräften vorsieht und damit zu einer stärkeren Einbindung der Bürgerschaft führt

Im Einzelnen schlägt die CDU Wuppertal folgende Maßnahmen vor:

1. Stärkung von Polizei und Ordnungsdienst

1.1. **Stärkung des Wuppertalers Ordnungsdienstes:**

Die Anzahl der Mitarbeiter des Wuppertaler Ordnungsdienstes ist um 6 Vollzeitkräfte zu erhöhen. Durch eine Priorisierung der Aufgabenstellung und/oder eine Veränderung der Streifendienstzeiten muss sichergestellt werden, dass die Mitarbeiter des Ordnungsdienstes im Stadtbereich, insbesondere in Elberfeld und Barmen, stärker präsent erkennbar sind. Auch durch eine Veränderung der Streifendienstzeiten müssen die Mitarbeiter in der Stadt auffällig sein und als Ansprechpartner für die Bürger dienen.

Insoweit ist auch die Zusammenarbeit mit der Polizei zu intensivieren. Außerdem muss ein Konzept für eine bessere Kommunikation mit den Bürgern erarbeitet werden

1.2. Die CDU spricht sich für die **Videoüberwachung** (nicht Videomonitoring) an folgenden öffentlichen Orten in Wuppertal aus, die sich als **deutlich angstbesetzt** und **erhöht deliktsbelastet** darstellen:

- **Karlsplatz (**nordöstlicher Bereich des Platzes)
- **Berliner Platz**
- sowie ausgesuchte Standorte auf der Nordbahntrasse (etwa **Wichlinghauser Bahnhof).**

Da die Videoüberwachung als Polizeimaßnahme in die Zuständigkeit des Landes fällt, befürwortet die CDU Wuppertal die Aufnahme der vorstehenden Plätze zur Videoüberwachung in das Landeskonzept.

1.3. Die Einbeziehung einer **Polizeiwache** in den **Neubaubereich Döppersberg.**

1.4 Erhöhung der **Polizeipräsenz und der Präsenz des Ordnungsdienstes auf der Gathe** und in einem Teilbereich der Uellendahler Straße bis zur Schleswiger Straße.

2. Angsträume beseitigen

Verteilt über die gesamte Stadt, jedoch vermehrt „an der Talsohle" gibt es in Wuppertal, laut dem städtischen Angstraumkonzept aus dem Jahr 2015, insgesamt 33 sogenannter Angsträume (das sind Orte, die Unsicherheitsgefühle und Ängste bei den Bürgerinnen und Bürgern wecken). Dazu gehören insbesondere dunkle Unterführungen, verlassene Haltestellen, stark verunreinigte oder unübersichtliche öffentliche Plätze sowie Aufenthaltsplätze von Personen oder Personengruppen mit subjektiv unerwünschtem Verhalten.

2.1. Die **Vertreterinnen und Vertreter der CDU in den Bezirksvertretungen** werden sich schwerpunktmäßig für die Beseitigung der Angsträume einsetzen. Dabei werden

sie zunächst im Wege einer Angstraumanalyse den Veränderungsbedarf aufnehmen und, unter Einbeziehung Dritter (Sportvereine, Schulen, Sponsorenfirmen, freiwillige Helfer) **„Konzepte der Verantwortlichkeit"** erarbeiten, um die Situation nachhaltig und dauerhaft zu verändern.

2.2 Die CDU wird halbjährlich einen **Bericht** über die erreichten Fortschritte erstatten.

2.3 Die CDU schlägt beispielhaft folgende Auswahl an Angsträumen vor, welche sich zur nachhaltigen Verbesserung, auch durch Einsatz von Sponsoring, eignen:

- Bahnunterführung Untere Seelhofstraße (BV Heckinghausen)
- Unterführung Fischertal/Schwebebahnhof Alter Markt
- Unterführung Adlerbrücke
- Unterführung Loher Straße/Friedrich-Engels-Allee (alle BV Barmen).

Die CDU-Bezirksvertreter werden weitere Angsträume benennen, deren Beseitigung sie in den Bezirksvertretungen durchsetzen werden.

3. Keine Errichtung von Bürgerwehren

Die CDU wendet sich aber eindeutig **gegen die Errichtung von Bürgerwehren** oder die **Privatisierung von Sicherheitsmaßnahmen** („schwarze Sheriffs" oder private Ordnungsdienste). Die CDU bekennt sich damit uneingeschränkt zum durch die Polizei repräsentierten staatlichen Gewaltmonopol. Dies sind öffentliche Aufgaben; es gibt für uns keine „Polizei über der Polizei", die dafür rechtlich und demokratisch legitimiert ist.

4. Überarbeitung und Modernisierung der Straßenordnung Wuppertal

Verwahrlosungen im öffentlichen Raum und kleinere Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Stadtbereich müssen konsequenter verfolgt und sanktioniert werden. Es muss deutlich sein, dass es in Wuppertal **„keine Toleranz"** gegenüber bestimmten Verhaltensweisen gibt: Bei übermäßigem Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit, beim Wegwerfen von Abfällen, bei Verunreinigungen von Straßen und Spielplätzen, bei Vandalismus, Verunreinigung von Spielplätzen, bei aufdringlichem und

schädigenden Verhalten in der Öffentlichkeit, bei unverantwortlichem Verhalten von Hundehaltern oder bei Tabu- und Schamverletzungen, müssen eindeutige empfindliche Verwarnungen ausgesprochen und nach einem Verwarngeld-Katalog sanktioniert werden. Insoweit ist der aktuelle Buß- / Verwarngeldkatalog zu überarbeiten, zu modernisieren und in Zusammenarbeit mit den Ordnungskräften auch in besonders störanfälligen Bereichen zu verschärfen.

5. Bergisches Intensivtäterkonzept (Biko)

Das **Bergische Intensivtäterkonzept (Biko),** dass das Ziel verfolgt, jugendliche Intensivtäter möglichst schnell einer Strafe zuzuführen (Verfahren und ggfls. Strafe folgen innerhalb von 2 - 3 Wochen quasi „auf dem Fuße") muss in Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei, Gericht und Staatsanwaltschaft neu mit Leben gefüllt werden. Durch Priorisierung der Aufgaben müssen dafür die personellen Voraussetzungen getroffen werden.

6. Einbruchsdiebstahlsprävention

Ausweislich der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2015 ist sowohl bundes- als auch landesweit eine erhebliche Steigerung der Wohnungseinbrüche fest zu stellen. Leider wird diese - die Bürgerinnen und Bürger stark beunruhigende - Entwicklung für den Bereich der Stadt Wuppertal mit einer Steigerungsrate von 52,3 (!)% noch „übertroffen". Daher fordert die CDU Wuppertal die Polizei auf, wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um diese Entwicklung zu stoppen oder sogar umzukehren. Hierzu sollten sowohl im präventiven (ergänzt durch polizeiliche Einbruchsberatung, damit die Bürger zusätzlich eigene Sicherungsmaßnahmen ergreifen können), als auch im repressiven Bereich alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Täter bestenfalls an der Tatbegehung zu hindern bzw. nach erfolgter Tatbegehung in größerer Zahl als bisher (Aufklärungsquote lediglich 12,4%) zu ermitteln und dadurch abzuschrecken.

Begründung der Maßnahmen:

Die Städte in Nordrhein-Westfalen, wie auch Wuppertal, sehen sich mit Land und Bund in einer Verantwortungsgemeinschaft, die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu bewältigen.

Die CDU Wuppertal begrüßt und unterstützt die gemeinschaftlichen Anstrengungen der Wuppertaler Bürger, der Politik und der Verwaltung zur Aufnahme von Menschen in Not und zur Integration von Flüchtlingen mit Bleiberecht im Rahmen der bestehenden Gesetze. Sie sind Ausdruck unseres Selbstverständnisses und unseres christlich geprägten Menschenbildes.

Erfolgreiche Integration ist auch eine Chance, die bisher befürchteten Folgen des demografischen Wandels zu mindern, also die Bevölkerungszahlen zu stabilisieren und Wohlstand für alle zu sichern.

Insofern gehören für die CDU Wuppertal in Übereinstimmung mit der Aachener Erklärung des Städtetages NRW der Ausbau von Kinderbetreuung und Schulen, die Integration von Asylbewerben und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, sowie die Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung für die Unterbringung und Versorgung zu unseren Aufgaben.

Damit Integration gelingt, bedarf es der Anstrengungen aller: der Menschen, die sich in unsere Gesellschaft mit unseren Freiheitsrechten, Werten von Demokratie, Religionsfreiheit und Gleichberechtigung einfügen und der aufnehmenden Gesellschaft, die kultureller und religiöser Vielfalt tolerant und offen begegnet.

Die Ereignisse in Köln in der Silvesternacht, der Anstieg von Einbruchs- und Bandendelikten sowie die Zunahme von Bagatellkriminalität und Verstöße gegen die öffentliche Ordnung führen bei vielen Mitbürgern zu Verunsicherung, ja sogar Angst. Sexual- und Eigentumsdelikte, Widerstandshandlungen und Verstöße gegen die öffentliche Ordnung sind aus Sicht der CDU auf Dauer geeignet, die Hilfsbereitschaft Wuppertaler Bürger und den uneigennützigen Einsatz für Menschen in Not in Zweifel zu ziehen. Die CDU und ihre Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal sind entschlossen, dem entgegenzuwirken. Wir wollen einerseits das Sicherheitsgefühl der Wuppertaler Bürgerinnen und Bürger wieder stärken und es anderseits nicht zulassen, dass durch Straftäter die ganz überwiegende Zahl von schutzsuchenden und hilfsbedürftigen

Menschen, die nach Deutschland gekommen sind und sich hier legal aufhalten, diskriminiert werden und insbesondere interessierte Kreise bei Bürgerinnen und Bürgern Ängste und Fremdenfeindlichkeit schüren, um daraus politisches Kapital zu schlagen.

Um jedem Missverständnis vorzubeugen:
Die vorgeschlagenen sicherheitspolitischen Maßnahmen ersetzen nicht die notwendigen sozialpolitischen, integrationspolitischen oder stadtentwicklungspolitischen Bemühungen. Sie stellen aber deren notwendige sicherheitspolitische Ergänzungen dar und dienen daher dem Erhalt der Willkommenskultur und der Integration in Wuppertal.

Handlungskonzept erarbeitet durch den Arbeitskreis der CDU-Fraktion „Innere Sicherheit und Integration".